

KINDER HABEN RECHTE – ABER WARUM NICHT IN DER POLITIK?

Kinderrechte-Check der Parteiprogramme
zur Bundestagswahl 2025



IMPRESSUM

Herausgeber: Kindernothilfe e. V., Düsseldorfer Landstraße 180, 47249 Duisburg
Kindernothilfe-Büro Berlin, Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Verantwortlich für den Kinderrechte-Check: Frank Mischo
Autorin: Annette Kuhn
Mitarbeit und Redaktion: Martin Bondzio, Laura Puma, Sophie Rutter
Kontakt: Frank Mischo, Advocacy Manager, Frank.Mischo@kindernothilfe.de
Gestaltung: House of Yas, Köln
Titelbild: Sibway, Adobe Stock
Druck: Knipp, Dortmund
Stand: 07.02.2025

VORWORT

Bei der anstehenden Bundestagswahl geht es um viel – und um viele Themen: Sicherheit und Frieden, Flucht und Migration, um Wirtschaftswachstum, um die Rente und vieles mehr. Aber um Kinder und ihre Rechte? Nein, die junge Generation ist in den Wahlprogrammen der meisten Parteien kaum adressiert oder höchstens am Rande. Das ist weder fair noch nachhaltig. Denn es sind die Kinder, die die Zukunft bestimmen und in der Welt von morgen leben müssen, die wir ihnen hinterlassen. Darum müssen wir uns bei politischen Entscheidungen fragen, ob sie auch im Sinne von Kindern und Jugendlichen sind.

Was in ihrem Sinne ist, wissen wir. In Deutschland gilt seit mehr als 30 Jahren die UN-Kinderrechtskonvention. Hier ist festgeschrieben, dass und wie junge Menschen beteiligt, gefördert und geschützt werden sollen. Kinderrechte sind also eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Eigentlich, denn vom Geist dieser Konvention ist in den Wahlprogrammen wenig zu spüren. Das fängt schon damit an, dass Jugendliche bei der Bundestagswahl kein Stimmrecht haben, obwohl sie 17 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Kinder haben eine Stimme, die gehört werden muss. Das ist das Motto, gemäß dem die Kindernothilfe arbeitet. Mit unserer Arbeit unterstützen, schützen und stärken wir seit 65 Jahren junge Menschen weltweit in all ihren Lebensbereichen. Wir stellen sie in den Mittelpunkt und lassen sie zu Wort kommen. Auch bei diesem Kinderrechte-Check der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025. Er zeigt, wie wichtig ihre Perspektive ist und was noch zu tun ist, bis die Einhaltung und Umsetzung der Kinderrechte endlich eine Selbstverständlichkeit wird.



Ihr
Carsten Montag,
Vorstand der Kindernothilfe



1 WORUM GEHT ES?

Die Wahlprogramme sind Leitlinien und zeigen, welche politischen Ziele sich die Parteien für die kommende Legislaturperiode setzen. Der Wahlkampf ist geprägt von Themen wie Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Migration. Aber was ist mit Kinderrechten? Welche Rolle spielen sie in den Programmen der einzelnen Parteien? Inwieweit geht es überhaupt um Kinder? Mit diesen Fragen hat sich die Kindernothilfe intensiv beschäftigt und die Wahlprogramme der sieben Parteien, die aktuell im Bundestag vertreten sind, einem Kinderrechte-Check unterzogen: CDU/CSU (S. 6), SPD (S. 7), Bündnis 90/Die Grünen (S. 8), FDP (S. 8), AfD (S. 9), Die Linke (S. 10), BSW (S. 10).

Als eine der größten Kinderrechtsorganisationen in Europa arbeitet die Kindernothilfe auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention. Entsprechend stehen folgende Themen im Fokus der Analyse:

Fokusthemen

- ▶ Kinderrechte insgesamt und Recht auf Teilhabe
- ▶ Kinderrecht auf Bildung
- ▶ Kinderrecht auf Schutz vor Gewalt
- ▶ Kinderrecht auf Schutz vor ausbeuterischer Kinderarbeit
- ▶ Kinderrecht auf Schutz vor Gewalt für Kinder in Krisen und Konflikten
- ▶ Kinderrecht auf Schutz von Kindern auf der Flucht
- ▶ Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt
- ▶ Kinderrechte in der Entwicklungszusammenarbeit

Weitere Informationen zum Kinderrechte-Check der Kindernothilfe gibt es hier



2 WIE IST DER KINDERRECHTE-CHECK ENTSTANDEN?

Der Check der Wahlprogramme fand zunächst in der fünfköpfigen Taskforce des Advocacy-Teams zur Bundestagswahl statt, danach haben acht Schülerinnen und Schüler im Alter von 11 bis 16 Jahren des Andreas-Gymnasiums in Berlin die Wahlprogramme nach den gleichen Kriterien analysiert.

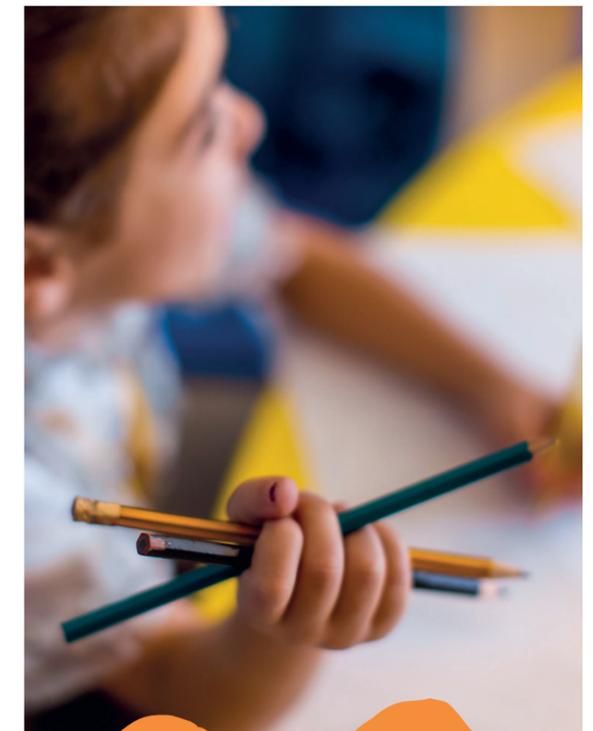
Die Beteiligten haben jedes der sieben Wahlprogramme dahingehend untersucht, inwieweit es auf die genannten Kinderrechte eingeht. Dabei haben sie auf bestimmte Indikatoren und Aspekte geschaut, zum Beispiel:

- ▶ Häufigkeit der Nennung von Kinderrechten oder der Kinderrechtskonvention
- ▶ Förderung einer wirkungsvollen Kinder- und Jugendbeteiligung
- ▶ Unterstützung eines besseren und chancengerechteren Zugangs zu Bildung – in Deutschland und weltweit
- ▶ Stärkung der Demokratiebildung
- ▶ Schutz von Kindern vor Online-Gewalt, Mobbing oder Diskriminierung
- ▶ Erwähnung des Kinderrechts auf eine gesunde Umwelt
- ▶ Förderung von Kinderrechten weltweit
- ▶ Stärkung des Schutzes von Kindern in bewaffneten Konflikten
- ▶ Stärkung des Schutzes von Kindern auf der Flucht
- ▶ Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit generell als notwendige Basis für die Umsetzung von Kinderrechten

Jede Partei hat für jedes der acht Themen eine Bewertung bekommen. Aus der Summe ergibt sich die Gesamtbewertung. Die Kinder und Jugendlichen konnten bei ihrer Bewertung vorher nicht die Ergebnisse der Taskforce. Im Anschluss wurden die Ergebnisse beider Gruppen in gleicher Gewichtung zusammengeführt.

Die Bewertung erfolgte nach dem Ampelsystem:

-  Rot ist nicht konform mit den Zielen und Artikeln der UN-Kinderrechtskonvention
-  Gelb entspricht nur zum Teil den Zielen und Artikeln der Kinderrechtskonvention
-  Grün setzt die Ziele und Artikel der Kinderrechtskonvention gut um



3 ERGEBNISSE FÜR ALLE, DIE NUR FÜNF MINUTEN ZEIT HABEN



	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Freie Demokraten FDP	AfD	Die Linke	Bündnis Sahra Wagenknecht
Ergebnisse des Advocacy-Teams	🔴	🟡🔴	🟢	🟡🔴	🔴	🟢	🔴
Ergebnisse der Schüler*innen	🔴	🟡	🟢	🔴	🔴	🟢	🔴
Gesamt	🔴	🟡	🟢	🔴	🔴	🟢	🔴

Die Ampel steht auf Rot. Das ist das zentrale Ergebnis des Kinderrechte-Checks der Kindernothilfe. Die Wahlprogramme von vier Parteien – CDU/CSU, FDP, BSW und AfD – sind beim Kinderrechte-Check klar durchgefallen. Was sie für Kinder planen oder eben nicht, ist für die Parteien nicht nennenswert, oder nicht konform mit der UN-Kinderrechtskonvention. Die AfD ist in der Einzelwertung nie über ein Rot hinausgekommen. Beim BSW hat es nur bei Kinderrechten insgesamt und dem Recht auf Teilhabe für Orange (Rot/Gelb) gereicht. Auch CDU/CSU und FDP kamen an keiner Stelle auf ein klares Gelb.

Das Wahlprogramm der SPD bekam die Farbe Gelb, Tendenz eher Rot als Grün. Hier gab es die größten Abweichungen bei dem Votum. Die SPD schnitt als einzige Partei bei den Schüler*innen besser ab (Gelb) als bei der Taskforce der Kindernothilfe (Orange). Insgesamt haben die Kinder und Jugendlichen im Kinderrechte-Check bei allen Parteien eher strenger geurteilt.

Deutlich besser haben die Grünen und die Linke abgeschnitten. Beide Parteien erreichten in der Gesamtwertung Grün, und auch in der Analyse der einzelnen Kinderrechte haben beide Gruppen zusammen sechsmal Grün und zweimal Gelb vergeben.

Auffällig ist, dass Kinder und Kinderrechte in fast allen Wahlprogrammen insgesamt eine Nebenrolle spielen. Nur wenige Maßnahmen und Vorschläge adressieren junge Menschen. „Dass sich nur zwei Parteien ernsthaft mit Kinderrechten auseinandersetzen, ist erschreckend“, sagt Frank Mischo, der die Advocacy-Arbeit koordiniert. Die Hauptursache sieht er in den rechtspopulistischen Tendenzen, die

in internationalen öffentlichen Debatten immer mehr Gewicht bekämen. „Diese politische Entwicklung ist für das Kindeswohl katastrophal.“

Ein weiterer Grund für die geringe Gewichtung von Kinderrechten in den Wahlprogrammen dürfte sein, dass in der Generation U20 aufgrund der demografischen Situation nur wenige Wählerstimmen zu holen sind. Wahlberechtigte zwischen 18 und 20 Jahren machen bei der Bundestagswahl 2025 geschätzt höchstens 2,4 Prozent aus. 2017 lag ihr Anteil noch bei 3,3 Prozent, 2021 bei 3,2 Prozent. Insgesamt 59 Prozent der Wahlberechtigten sind 50 Jahre und älter. Der Anteil der Wahlberechtigten, die 70 Jahre und älter sind, ist zwischen 2017 und 2025 sogar von 20,9 Prozent auf 23,2 Prozent angestiegen¹²³. Diese Schere wird in Zukunft noch weiter aufgehen. Entsprechend verschiebt sich auch das Themenspektrum der Parteien. Sie punkten eher mit der Sicherung der Renten als mit der Stärkung von Kinderrechten.

Das war Anfang der 90er-Jahre, nach dem Inkrafttreten der Kinderrechtskonvention, noch ganz anders. „Da hatte man Menschenrechte als politisches Thema gerade so richtig entdeckt, und es gab einen riesigen Drive, Kinderrechte umzusetzen“, erinnert sich Frank Mischo. Davon sei wenig geblieben. „Die meisten Parteien erkennen nicht die Bedeutung von Kinderrechten und haben sich von ihnen verabschiedet.“ Dabei haben diese Themen an Dringlichkeit und Bedeutung nicht verloren.

Klima und das Recht auf eine gesunde Umwelt spielen fast keine Rolle in den Wahlprogrammen. Dabei sind es gerade junge Menschen, die unter den Klimafolgen am meisten leiden werden. Und man findet auch

kaum Maßnahmen gegen Kinderarmut, obwohl nach wie vor jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet (14 Prozent) ist und sogar fast jedes vierte Kind (24 Prozent) nach Angaben des Statistischen Bundesamtes⁴ von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Schaut man hier genauer, zeigt sich eine enorme Spreizung, abhängig vom Bildungshintergrund der Eltern: Bei unter 18-Jährigen, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss haben, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 37 Prozent. Haben die Eltern einen höheren Bildungsabschluss wie einen Meistertitel oder Hochschulabschluss, waren gerade mal 6 Prozent der Kinder von Armut bedroht.

Bildung nimmt in allen Wahlprogrammen einen größeren Raum ein. Die bekannten Herausforderungen, vor allem die Bekämpfung von Bildungsungerechtigkeit, werden auch in den meisten Programmen genannt, aber nur wenige konkrete und neue Vorschläge, was sich ändern ließe. Die Idee einer Ausweitung des Startchancenprogramms auf benachteiligte Kitas⁵⁶ zum Beispiel ist nicht neu und wird auch schon lange diskutiert.

Und noch etwas fällt beim Kinderrechte-Check der Wahlprogramme auf: Partizipation von Kindern und

Jugendlichen hat eine untergeordnete Bedeutung. Zwar wollen sich SPD, Grüne und Linke dafür stark machen, das Wahlalter⁷ generell auf 16 Jahre zu senken, bislang hat das im Bundestag aber keine Mehrheit gefunden. Und es gibt kaum weitere Vorschläge für eine bessere Teilhabe. Dazu passt, dass junge Menschen in den Programmen eher als schützenswerte Objekte und weniger als Subjekte mit eigenen Stimmen und Rechten betrachtet werden. So wollen CDU/CSU und AfD Elternrechte stärken und diese im Zweifelsfall über das Selbstbestimmungsrecht des Kindes stellen. „Bei der AfD haben Kinder keine eigenen Rechte. Es geht ihr darum, Kinder auf Spur zu bringen. Diversität will sie verhindern und Kinder nicht in ihren individuellen Stärken fördern“, kritisiert Frank Mischo. Er verweist auf das Diskriminierungsverbot in Artikel 2 der Kinderrechtskonvention, demzufolge alle Kinder unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Herkunft oder einer Behinderung geschützt, beteiligt und gefördert werden müssen.

Kinderrechte auf der Flucht, Unterstützung von Kindern in Klimakrisen oder bewaffneten Konflikten spielen nur in den Programmen der Grünen und Linken eine nennenswerte Rolle. Entsprechend haben die anderen Parteien hier ein klares Rot bekommen.



1 Tagesschau (2025): Wer wählen darf - und wer nicht, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/wahlsystem/wahlberechtigte-104.html> (05.02.2025).
 2 Statista Research Department (2025): Wahlberechtigte bei den Bundestagswahlen 2021 und 2025 nach Alter, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1316208/umfrage/wahlberechtigte-der-bundestagswahl-2021-nach-alter/> (05.02.2025).
 3 Statista Research Department (2025): Altersstruktur der Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen bis 2025, verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1498/umfrage/altersstruktur-der-wahlberechtigten-bundestagswahl/> (05.02.2025).
 4 Statistisches Bundesamt (2024): Jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_N033_63.html (05.02.2025).
 5 Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): Bildung in Deutschland 2024, verfügbar unter: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024.pdf> (05.02.2025).
 6 Zeit Online (2024): Wo bleibt das Startchancen-Programm für die Kita?, verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2024/32/bildungschancen-schule-kita-bildungsbericht-soziale-ungleichheit> (05.02.2025).
 7 Kindernothilfe (2025): Umfrage zum Wahlalter: Mehrheit lehnt Absenkung auf 16 Jahre ab, verfügbar unter: <https://www.kindernothilfe.de/presseuebersicht/pressemitteilung-uebersicht/2025/wahlalter-bundestagswahl-umfrage> (05.02.2025).

4 CDU/CSU

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungs-zusammenarbeit	Gesamt-ergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernohtilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Auf 82 Seiten des CDU/CSU-Wahlprogramms⁸ wird der Begriff Kinderrechte kein Mal erwähnt. Auch spielt das Thema Partizipation von jungen Menschen keine Rolle. Das Selbstbestimmungsgesetz der Ampelregierung lehnt die Union entschieden ab. „Gerade in der altersbedingt volatilen Lebensphase der Pubertät muss ausgeschlossen werden, dass Persönlichkeitszweifeln mit einem leichtfertigen Geschlechtswechsel begegnet wird.“ Gleichzeitig aber will die Union das Mindestalter für Strafmündigkeit (14) gegebenenfalls absenken. Kindern werden willkürlich verschiedene Reifegrade beschieden.

Das Thema Bildung bekommt mehr Gewicht. Die Union will insbesondere die frühkindliche Bildung stärken, um Kindern eine bessere Grundlage für den Lernweg zu geben. „Unser Ziel: Kinder bekommen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel die Chance, das Beste aus sich herauszuholen.“ Allerdings fehlen Maßnahmen dazu. Es heißt nur: „Künftig müssen Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zum Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen.“ Immerhin kündigt die Union ein Investitionsprogramm an, um Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze zu unterstützen. Wie genau, bleibt offen.

Auch beim Thema Schutz vor Gewalt fehlen Maßnahmen, obwohl sich CDU/CSU im Programm „höchste Aufmerksamkeit für den Schutz von Kindern“ auf die Fahnen schreibt. Nur in einem Punkt wird sie konkreter: „Wir sorgen dafür, dass es dort, wo Kinder betreut

werden, flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte gibt.“

Bei Wirtschaftsthemen wie globale Lieferketten oder Klimaschutz mahnen CDU/CSU zwar Unternehmen zu Verantwortung und Sorgfaltspflichten, aber ausbeuterische Kinderarbeit oder Kinderrechte im Kontext der Folgen der Klimakrise sind kein Programmpunkt.

Ebenfalls Kinderrechte weltweit – insbesondere bei Flucht, Krisen oder bewaffneten Konflikten – spielen keine Rolle. Die Union fordert nur ganz generell die Unterstützung von Menschenrechten. Familien will sie es aber schwerer machen, denn der Familiennachzug zu subsidiären Schutzberechtigten soll ausgesetzt werden.

Fazit

Im Gesamtergebnis bekommt das Wahlprogramm insgesamt Rot. Gerade die Rechte von Kindern weltweit werden weitgehend ausgeklammert. Es gibt nur wenige konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation junger Menschen. Das Urteil der Schüler*innen fiel sogar noch strenger aus: Während die Taskforce der Kindernohtilfe der Union zumindest in der Einzelwertung dreimal Gelb gab, haben sie siebenmal die Rote Karte gezeigt, einmal gab es Orange (Gelb/Rot).



5 SPD

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungs-zusammenarbeit	Gesamt-ergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernohtilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Der Begriff Kinderrechte im Wahlprogramm der SPD⁹ kommt an zwei wichtigen Stellen vor. Da heißt es: „Wir werden starke Kinderrechte auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung sicherzustellen“ und „Wir wollen das Familienrecht stärker an den Kinderrechten orientieren“. Der Ansatz ist vielversprechend. Was Teilhabe angeht, kann die Partei auch mit einigen Maßnahmen punkten: Sie macht sich weiter dafür stark, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken. Ein Kulturpass soll jungen Menschen Türen zu Kunst und Kultur öffnen, und das Angebot von bezahlten Freiwilligendiensten soll ausgebaut werden, um Kindern und Jugendlichen zivilgesellschaftliches Engagement als Teil von Bildung zu ermöglichen.

Für die Bildung nennt die SPD konkrete Maßnahmen, wie sie mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen will. So soll das Startchancenprogramm auf Kitas in benachteiligter Lage ausgebaut werden – eine Idee, die allerdings nicht erst seit dem SPD-Wahlprogramm diskutiert wird. Positiv ist im Bereich Bildung, dass die SPD ein Bildungssystem schaffen will, „das Kindern unterschiedlicher Herkunft alle Möglichkeiten eröffnet, Kitas und Schulen mit Erfolg zu besuchen. Wir wollen Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den pädagogischen Berufen widerspiegeln“. Wie genau, sagen sie nicht.

Auch in vielen anderen Bereichen bleibt die SPD Maßnahmen schuldig. So heißt es zwar: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen.“ Aber bei weiteren Ausführungen zu häuslicher Gewalt, geschlechtsspezifischer Gewalt oder Gewalt im Netz sind Kinder nicht adressiert.

In anderen relevanten Bereichen werden Kinderrechte überhaupt nicht angesprochen, insbesondere im internationalen Kontext – was die Folgen der Klimakrise angeht oder im Kontext Flucht oder Unterstützung in Krisen- und Kriegsgebieten. Daher haben sowohl die Kindernohtilfe als auch die Schüler*innen-gruppe diese Punkte mit Rot bewertet.

Fazit

Insgesamt fällt das Wahlprogramm der SPD im Verhältnis zur aktuellen Regierungsarbeit überraschend dünn aus, was die Stärkung von Kinderrechten angeht, insbesondere im internationalen Kontext. Gerade vulnerable Gruppen werden wenig gefördert und geschützt. Daher sieht die Kindernohtilfe das Programm nur zum Teil konform mit der UN-Kinderrechtskonvention.



8 CDU/CSU (2024): Politikwechsel für Deutschland, verfügbar unter: <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf> (05.02.2025).

9 SPD (2025): Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025, verfügbar unter: <https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf> (05.02.2025).

6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungszusammenarbeit	Gesamtergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernothilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Das Wahlprogramm der Grünen¹⁰ setzt sich in vielen Bereichen sehr gut mit den Zielen der Kinderrechtskonvention auseinander. Sie wollen die Partizipation stärken, zum Beispiel durch ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf Bundesebene. Das Programm fokussiert auch explizit Kinderrechte weltweit. Das ist in den anderen Parteiprogrammen kaum der Fall.

Bildung verstehen die Grünen als Schlüssel: „Hier entwickeln sich individuelle Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu gesellschaftlicher Teilhabe.“ Es geht dabei vor allem um Chancengerechtigkeit: Die Zukunft von Kindern und Jugendlichen dürfe nicht „von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen“. Geplant ist auch ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“, um Schulgebäude zu sanieren, Schulen inklusiver zu machen und Demokratiebildung auszubauen. Um Kinder zu stärken, sollen sie mehr psychosoziale Unterstützung bekommen. Daher wollen die Grünen Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ausbauen.

Beim Schutz vor ausbeuterischer Kinderarbeit fällt das Wahlprogramm eher allgemein aus. Sie fordern faire Arbeitsbedingungen weltweit und die Einhaltung von Menschenrechten nach den internationalen Ar-

beits- und Sozialstandards der ILO, der International Labour Organization¹¹, aber Kinderrechte werden hier nicht speziell behandelt. Ähnlich ist das beim Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.

Beim Thema Kinderrechte im Kontext Flucht, Krisen und bewaffnete Konflikte können die Grünen punkten. Sie wollen sich dafür einsetzen, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)¹² „grund- und menschenrechtskonform“ umzusetzen. Dabei sollen auch die besonderen Bedürfnisse von Kindern im Asylverfahren Berücksichtigung finden.

Zur DNA der Partei gehört natürlich der Klimaschutz. Sie will das Thema mit Blick auf Klimagerechtigkeit in den Ländern vorantreiben, die besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Dies ist wichtig, um Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.

Fazit

Kinder spielen im Wahlprogramm insgesamt eine große Rolle. Zu sechs Kinderrechten haben die Taskforce und die Schüler*innengruppe die Aussagen und Pläne der Grünen mit Grün bewertet.



7 FDP

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungszusammenarbeit	Gesamtergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernothilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

10 Bündnis 90/Die Grünen (2025): Regierungsprogramm 2025, verfügbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf (05.02.2025).

11 International Labour Organisation (2025): International Labour Standards, verfügbar unter: <https://www.ilo.org/international-labour-standards> (05.02.2025).

12 Pro Asyl (2024): FAQ zur europäischen Asylreform GEAS, verfügbar unter: <https://www.proasyl.de/news/faq-zur-europaeischen-asylreform-geas-antworten-auf-die-wichtigsten-fragen/> (05.02.2025).

Das Programm der FDP¹³ ist insgesamt wenig auf die Belange von Kindern ausgerichtet. Beim Thema Bildung geht es vor allem darum, dass Schüler*innen wieder zu besseren Leistungen kommen. „Exzellenz ist für uns Freie Demokraten ein klares Ziel.“ Bildung ist aus ihrer Sicht vor allem von Eigenverantwortung bestimmt. Dass dafür nicht alle die gleichen Voraussetzungen mitbringen, ist kein Thema. Diese Sichtweise hat die Schüler*innengruppe beim Check noch strenger bewertet (gelb/rot) als die Taskforce der Kindernothilfe (gelb).

Viele Kinderrechtsthemen fehlen bei der FDP völlig. Es gibt nichts zum Schutz von Kindern vor Gewalt, in

Krisen und Konflikten und auf der Flucht. Auch das Thema Migration wird vor allem wirtschaftspolitisch betrachtet. Ähnlich sieht es beim Klimaschutz aus. Die europäischen Klimaziele sollen „so kostengünstig“ wie möglich erreicht werden. Inwieweit das mit dem Schutz von Kinderrechten einhergeht, bleibt offen.

Fazit

Das Wahlprogramm der FDP behandelt Kinderrechte nur am Rande. Es fehlen klare und konkrete Maßnahmen für deren Stärkung in vielen relevanten Bereichen. Daher: Rot.

8 AFD

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungszusammenarbeit	Gesamtergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernothilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Die AfD¹⁴ stellt Kinderrechte und das Recht auf Teilhabe grundsätzlich infrage. Das Selbstbestimmungsrecht lehnt sie ab. Kinder erscheinen als Objekte – nicht als Subjekte. Sie lehnt die „Frühsexualisierung“ von Kindern ab. Diese sei nur eine „Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität“.

In der Bildung vertritt die AfD eine äußerst rückwärtsgewandte Haltung. Die AfD will „keine Inklusion um jeden Preis“ und die Förderschulen erhalten. Sie nimmt keine Rücksicht auf besondere Bedarfe von Schüler*innen mit Migrationshintergrund oder mit speziellem Förderbedarf. Ziel ist es, „Leistungsbereitschaft und Disziplin zu stärken“. Politische und Demokratiebildung nennt sie „Indoktrination“.

Kinder vor Gewalt zu schützen, ist sekundär – auch in der Familie. Eltern werden in ihren Rechten gestärkt.

Ihr Wille steht grundsätzlich über dem der Kinder.

Im Kontext Flucht und Asyl will die AfD Menschenrechte einschränken und plant umfangreiche Rückführungs- und Ausweisungsprogramme. Mittel für Entwicklungszusammenarbeit will sie drastisch kürzen und an die Rücknahme von Asylbewerber*innen koppeln. Klimaschutz spielt keinerlei Rolle, und den menschengemachten Klimawandel leugnet sie. Kinderrechte lässt sie dabei völlig außer Acht.

Fazit

Die AfD zeigt in ihrem Wahlprogramm an vielen Stellen ein rechtsextrêmes und zutiefst antidemokratisches Grundverständnis. Unter dem Deckmantel des Bildes einer kinderfreundlichen Gesellschaft werden Kindern Rechte entzogen.

13 FDP (2025): Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025, verfügbar unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf (05.02.2025).

14 AfD (2025): Programm der Alternative für Deutschland, verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf (05.02.2025).

8 DIE LINKE

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungszusammenarbeit	Gesamtergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernothilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Das Wort Kinder wird insgesamt 67-mal im Wahlprogramm der Linken¹⁵ genannt, relativ zum Textumfang mehr als in jedem anderen Wahlprogramm. Kinderrechte haben einen hohen Stellenwert: „Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe bekommen.“ Kinderrechte sollen ins Grundgesetz, und für mehr politische Mitbestimmung will die Linke das Wahlalter auf Bundesebene auf 16 Jahre senken.

Bei der Bildung ist Chancengerechtigkeit ein großes Thema. Ein Bildungsrahmengesetz soll bundesweit gleiche Mindeststandards fördern. „Wir wollen dafür sorgen, dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit werden.“ Bildung als weltweites Kinderrecht ist allerdings nicht adressiert.

Die Linke setzt beim Thema Schutz vor Gewalt auf frühe Aufklärung – bereits im Vorschulalter. Damit

sollen Kinder als Subjekte gestärkt und nicht nur als zu schützende Objekte betrachtet werden.

Als einzige Partei hat sie von der Kindernothilfe-Taskforce ein Grün beim Thema Schutz vor ausbeuterischer Kinderarbeit bekommen, denn sie macht sich explizit für die Bekämpfung von Kinderarbeit stark. Auch Kinderrechte weltweit spielen im Wahlprogramm eine große Rolle. Im Kontext Flucht und Migration mahnt die Linke die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention an. Geplante Kürzungen im Etat für die Entwicklungszusammenarbeit will sie zurücknehmen.

Fazit

Die Linke steht mit ihrem starken Eintritt für Kinderrechte klar auf Grün. Im Kontext Schutz auf der Flucht und in Krisen bleibt es allerdings sehr allgemein.



9 BSW

	Kinderrechte allgemein und Teilhabe	Bildung	Gewalt	Kinderarbeit	Krisen und Konflikte	Flucht	gesunde Umwelt	Entwicklungszusammenarbeit	Gesamtergebnis
Beurteilung des Advocacy-Teams der Kindernothilfe									
Beurteilung der Kinder und Jugendlichen									

Was das Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht¹⁶ in Bezug auf Kinder vorsieht, bleibt unklar, auch wenn es ein „familienfreundliches Deutschland“ propagiert.

Das BSW will „beste Bildung für alle, von der Küste bis zu den Alpen!“ und Bildungserfolg unabhängiger vom Geldbeutel und dem Bildungsgrad der Eltern machen. Konkrete Maßnahmen und Vorschläge sind hier allerdings Fehlanzeige.

¹⁵ Die Linke (2025): Wahlprogramm, verfügbar unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf (05.02.2025).

¹⁶ BSW (2025): Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025, verfügbar unter: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf> (05.02.2025).

Frauen will das BSW vor Gewalt besser schützen, der Schutz von Kindern wird hingegen nicht explizit erwähnt. Einzig beim Thema Social Media hat die Partei eine Botschaft: „Statt krankmachender Social-Media-Algorithmen brauchen Kinder mehr Bewegung, Spaß und Freunde außerhalb der Schule.“ Dafür verspricht das BSW, allen Kindern das erste Jahr im Sportverein zu bezahlen (bis zu 150 Euro).

Ausbeuterische Kinderarbeit und Klimaschutz sind kein Thema. Obwohl es sich als „Friedenspartei“ bezeichnet, befasst sich das BSW nicht mit Verletzungen von Kinderrechten durch Kriege und Krisen,

ebenso wenig mit dem Schutz von Kindern auf der Flucht. Entwicklungszusammenarbeit will das BSW stärken, aber vor allem, um Migration zu verhindern. Das Asylrecht soll verschärft werden.

Fazit

Eine Positionierung zu den Themen Kinderrechte und Teilhabe zeigt das Programm des Bündnis Sahra Wagenknecht nicht. Um junge Menschen geht es nur beim Thema Bildung. Kinder und Kinderrechte weltweit spielen überhaupt keine Rolle. Daher klar: Rot.

10 WIE GEHT ES WEITER?

Mit der Bundestagswahl ist der Kinderrechte-Check des Advocacy-Teams der Kindernothilfe nicht beendet. Weil der Wahlkampf durch den vorgezogenen Wahltermin besonders kurz war, hatte das Team kaum Zeit, um bei der Erstellung der Wahlprogramme Einfluss zu nehmen und die Berücksichtigung der Kinderrechte anzumahnen. Wenn feststeht, wie die neue Regierung zusammengesetzt ist und wer in den Ministerien, Ausschüssen und im Bundestag vertreten ist, wird die Kindernothilfe auf die Politik zugehen und Empfehlungen aussprechen, um Kinderrechten im Koalitionsvertrag und in der Arbeit der Ministerien und Bundestagsausschüsse mehr Gewicht zu geben. Entsprechend ihrem Verständnis von Partizipation

wird die Kindernothilfe dabei die Schüler*innen-gruppe weiter einbeziehen. „Die Perspektive der Kinder und Jugendlichen kommt in den politischen Entscheidungen zu wenig vor. Dabei sind sie die besten Expert*innen für ihre Lebenssituation, und sie sind von den langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen am stärksten betroffen“, sagt Frank Mischo von der Kindernothilfe. Für ihn und sein Team heißt das: „Es ist ein dramatischer Appell an die Parteien nötig. Wir müssen weiter Druck machen, damit die Politik den Schutz von Kinderrechten ernst nimmt und sich stärker dafür einsetzt, dass sie für alle Kinder gelten.“



11 DIE ARBEIT DER KINDERNOTHILFE ZU KINDERRECHTEN

Die Kindernothilfe setzt sich seit 65 Jahren für die Rechte von Kindern weltweit ein. Sie ist eine anerkannte Kinderrechtsorganisation mit dem ECO-SOC-Beraterstatus der Vereinten Nationen. Sie unterstützt derzeit (2023) mehr als 2,2 Millionen Kinder durch 503 Projekte in 36 Projektländern in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa. Gemeinsam mit ihren Verbundpartnern in Luxemburg, Österreich und der Schweiz setzt sich die Kindernothilfe

dafür ein, dass Mädchen und Jungen eine nachhaltige Zukunft ohne Armut, Gewalt und Missbrauch erleben. Denn Kinder brauchen Schutz, Förderung und Beteiligung. In Deutschland engagieren sich etwa 210.000 Spender*innen¹⁷ für diese Arbeit. Für den seriösen Umgang mit Spendengeldern hat die Kindernothilfe seit 1992 jedes Jahr das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) erhalten.

¹⁷ Kindernothilfe (2024): Jahresbericht 2023, verfügbar unter: <https://www.kindernothilfe.de/informieren/material-und-downloads/alle-materialien/jahresberichte/jahresbericht-2023> (05.02.2025).